

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die EU hat mit ihrer Handelspolitik, mit Waffenexporten (viele davon über den Hamburger Hafen), mit Interventionen von EU-Staaten in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien sowie Deals mit Paten des IS wie Saudi-Arabien oder der türkischen Regierung Terror, Chaos und Flucht

finanziellen Mittel für die UN-Flüchtlingslager müssen aufgestockt werden. Wir brauchen vorgelagerte Asylverfahren mit sicheren Fluchtrouten, um Schleppern das Handwerk zu legen und weitere Tote im Massengrab Mittelmeer zu verhindern. Und es bedarf einer fairen Vertei-

Terminhinweis

EUROPA AM ABGRUND: WOHIN STEUERT DIE EU MIT BREXIT, CETA, EURO- UND FLÜCHTLINGSKRISE?

Sahra Wagenknecht (Vorsitzende DIE LINKE. im Bundestag) und Fabio De Masi (Europaabgeordneter) im Gespräch mit Luc Jochimsen (Journalistin). Grußwort: Prof. Norman Paech (Völkerrechtler Hamburg). *Eintritt natürlich frei*

DIENSTAG 13.12.2016, 19 Uhr

Museum der Arbeit, Wiesendamm 3, 22305 Hamburg-Barmbek (direkt am U-/S-Bahnhof Barmbek)

geschaffen. Mit dem faulen Türkei-Deal und der Stationierung der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze haben sich die EU und die Bundesregierung total abhängig und auch verwundbar gemacht. Der türkische Präsident Erdogan entscheidet als „Türsteher“ der EU nun, wer zu uns kommt und wer nicht.

Wir brauchen eine politische Lösung für Syrien, einen Stopp der Waffenexporte und das Ende der verfehlten Handels- und Nachbarschaftspolitik, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Die

lung der Flüchtlinge in der EU. Nicht erst seit der Flüchtlingskrise brauchen wir öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnraum, Krankenhäuser, Pflege, Sportvereine, Kultur und Infrastruktur. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für eine EU-weite, dezentrale Unterbringung und gute Integration von Flüchtlingen. Auch dürfen Flüchtlinge nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. „Wir schaffen das“ erfordert daher vor allem, die Vermögenden und Konzerne endlich zur Kasse zu bitten, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren und das Staatsversagen zu beenden.

EU AM ABGRUND?

Liebe Hamburgerinnen & Hamburger,

die EU steht am Abgrund: Eurokrise, Brexit, CETA, TTIP und Flüchtlingskrise. Die Politik im Interesse von Banken und Konzernen hat die Demokratie entmachtet und soziale Unsicherheit vertieft. Kriege, Waffenexporte und Handelspolitik haben Terror gezüchtet und viele Menschen zur Flucht gezwungen.

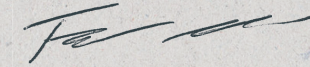
Seit 2014 streite ich für Hamburg im Europaparlament für öffentliche Investitionen in Bildung, bezahlbare Wohnungen und Infrastruktur sowie gegen Lohndumping. Dies ist gerade in der Flüchtlingskrise wichtig, um Menschen nicht gegeneinander auszuspielen. Ich will die Handelsabkommen CETA, TTIP & TISA stoppen, Megabanken wie die Deutsche Bank aufspalten und streng regulieren, bevor die Steuerzahler wieder zur Kasse gebeten werden.

Als stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu den Panama Papers kämpfe ich gegen Geldwäsche, Terrorfinanzie-

rung, organisierte Kriminalität und dafür, dass Millionäre und Konzerne hinreichend Steuern zahlen.

Mit diesem Flugblatt möchte ich Sie über meine Aktivitäten informieren. Kontaktieren Sie mich gerne, falls Sie Fragen und Anregungen haben.

Ihr



Fabio De Masi

Abgeordneter des Europaparlaments



PS: Wenn Sie mehr über meine Arbeit erfahren möchten, besuchen Sie gerne meine Homepage www.fabiodemasi.de. Dort können Sie sich auch für meinen Newsletter eintragen.

KONTAKT:

Büro Brüssel

Europäisches Parlament

Rue Wiertz 60

B-1047 Brüssel

fabio.demasi@ep.europa.eu

www.fabiodemasi.de

Büro Hamburg

Europabüro Fabio De Masi

Lilienstraße 15

20095 Hamburg

Tel: +49 40 3070799

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke



Parlamentsfraktion EUROPÄISCHES PARLAMENT

GUE/NGL
www.guengl.eu

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



FINANZ- & EUROKRISE



Die Eurokrise ist nicht vorbei und die nächste Finanzkrise steht vor der Tür. Banken wurden mit Milliarden Steuergeldern „gerettet“, aber öffentliche Investitionen, Löhne und Renten gekürzt. Das billige Geld der Zentralbank landet wegen der Kürzungspolitik nicht in der realen Wirtschaft, weil nicht investiert wird. Somit drohen neue Finanzkrisen. Gleichzeitig

sorgen sich viele Menschen um ihre Zukunft: Kleinsparer zum Beispiel wurden mit dem Riester-Renten-Unsinn in die private Altersvorsorge gedrängt.

Im Europaparlament kämpfe ich für öffentliche Investitionen, eine Aufspaltung und strikte Regulierung von Mega-Banken, die strikte Regulierung der Finanzmärkte sowie gegen die Enteignung von Beschäftigten und Rentnern.

Mehr dazu erfahren Sie hier:



STEUEROASEN



Die EU-Staaten verlieren jährlich knapp 1 Billion Euro durch Steuerhinterziehung und -vermeidung. Apple zahlte 2014 auf seine Profite in der EU nur 0,005 Prozent Steuern. Das sind 50 Euro für jede Million Euro Gewinn.

müssen in der EU endlich wie eine Einheit besteuert werden, und es muss Schluss sein mit den Tricks, mit denen Gewinne zu Briefkastenfirmen oder in Steueroasen verschoben werden.

Wir brauchen Mindeststeuern für Konzerne in der EU und Transparenz über die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen. Jeder Steuerfahnder treibt jährlich etwa 1 Million Euro mehr ein, als er oder sie kostet. Hamburg ist aber in Deutschland bei Betriebsprüfungen für Konzerne und schwerreichen Pfeffersäcken eines der Schlusslichter. Dort ist das Geld, das wir für Top-Bildung, bezahlbaren Wohnraum und Infrastruktur benötigen.

Mehr dazu erfahren Sie hier:



Ich habe mir im Europaparlament seit den Enthüllungen über faule Steuerdeals (Lux Leaks) einen Namen im Kampf für Steuererechtigkeit gemacht und unter anderem den Paten des Steuerkartells, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der Falsch-aussage im Parlament überführt. Konzerne

CETA, TTIP & TISA



Die Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) bzw. das Dienstleistungsabkommen TISA nützen den großen Konzernen und schaffen weder Wachstum noch Jobs. Sie bedrohen Demokratie, Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz.

destag vor dem Bundesverfassungsgericht gegen CETA. Diese Abkommen bedrohen auch Hamburg: etwa die Rekommunalisierung der Energienetze, den Personalbestand in Krankenhäusern, die Sozialbindung von Wohnraum oder eine Untersagung von Fracking (die Gasförderung mit giftigen Chemikalien) in den Vierlanden.

Der Deutsche Richterbund kritisiert zu Recht nach wie vor die Paralleljustiz für Konzerne, wo diese Staaten verklagen können, wenn Gesetze oder Regulierungen ihre Profite bremsen.

Ich werde daher gegen diese Abkommen stimmen. Außerdem klagt DIE LINKE im Bun-

Vattenfall ist bereits einmal wegen Umweltauflagen gegen das Kohlekraftwerk Moorburg vor Gericht gezogen. Auch der Hamburger rot-grüne Senat muss daher Farbe bekennen, weil über die Abkommen auch im Bundesrat entschieden wird!

Mehr dazu erfahren Sie hier:



FABIO DE MASI



Geboren am 07.03.1980 / Deutsche & italienische Staatsangehörigkeit / Vater eines 7-jährigen Sohnes

Ausbildung: Studium internationale Volkswirtschaft sowie internationale Beziehungen in Hamburg, Kapstadt (Südafrika) & Berlin. Seitdem Hamburg in Liebe verbunden.

Wohnort: Brüssel & Hamburg

Im Europaparlament: seit 2014 Europaabgeordneter, Vize-Präsident des Untersuchungsausschusses zu den Panama Papers, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika

Interessen: Film, Schallplatten, FC St. Pauli & Wellenreiten

